

Correspondent.

Wöchentliche Beilage: Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis: für das Quartal: 1 Mark bei Abholung...

No. 150.

Dienstag den 1. August.

1893.

Für die Monate August und September werden Abonnements...

Merseburger Correspondent

Preis von 80 resp. 84 Pf. von allen Postämtern, Postboten, sowie in der Expedition entgegenzunehmen.

Insertate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweitsprechendste Verbreitung.

Die handelspolitische Lage.

Das bis zum heutigen Dienstag, dem Tage, an dem gleichzeitig der russische Marginalzolltarif und die deutschen Zollsatzgebälle auf fast alle russischen Waaren in Kraft treten sollen...

an, der verlangte, daß bei den Verhandlungen mit Rußland die Interessen der Landwirtschaft und Industrie ausgiebig gewahrt würden.

Politische Uebersicht.

Eine Auflöfung des österreichischen Reichsraths wird von österreichischen Blättern als sicher zu erwarten angekündigt.

Blafade, welche nur englische Interessen verlese, augenscheinlich die Stamesen überzeugt habe, daß die Bemühungen Englands, in Paris freundschaftlich zu interveniren, gescheitert seien.

Zur belgischen Senatsreform nahm die Brüsseler Kammer einen Wählbarkeitscensus von 1500 Frks. an.

Deutschland.

Berlin, 31. Juli. Der Kaiser ist an Bord der kaiserlichen Yacht „Hohenzollern“ am Sonnabend früh auf der Rhebe von Dover eingetroffen.

Die das Entlassungsgesuch des Herrn v. Malgahn betreffende Kabinettsordre ist der „Voss. Zig.“ zufolge wegen der Abwesenheit des Kaisers und des dadurch erschwerten Geschäftsganges im „Reichsanzeiger“ noch nicht veröffentlicht.

Die fünf deutschen Finanzminister wollen in Stuttgart eine Vorbereitung für die Finanzministerkonferenz in Frankfurt a/M. abhalten.











# Correspondent.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Pfg. durch den Hermiträger. —  
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 150.

Dienstag den 1. August.

1893.

Für die Monate August und September werden Abonnementer an den

## Merseburger Correspondent

zur Preise von 80 resp. 84 Pf. von allen Postämtern, Postboten, sowie in der Expedition entgegengenommen.

Insertate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweifelsprechendste Verbreitung.

### Die handelspolitische Lage.

Das bis zum heutigen Dienstag, dem Tage, an dem gleichzeitig der russische Maximalzolltarif und die deutschen Zuschlagssätze auf fast alle russischen Waaren in Kraft treten sollen, irgend etwas sich ereignen, was uns diesen Zollkampf erspart, ist nicht gerade wahrscheinlich. Haben die panslawistischen Mächte in Petersburg den Kaiser Alexander bisher geleitet, so werden sie jetzt auch jeden Schritt verteilen können, der wenigstens den Schein eines Rückzuges haben würde. Der Kampf wird also beginnen und mag er nun so oder so enden — beiden Völkern, Deutschland wie Rußland, wird er nur Trümmern bringen. Man kann ja zugeben, daß, wie die Dinge einmal stehen, das Unerreichte nicht mehr zu vermeiden ist. Aber wenn man sieht, wie die Gegner jeder Handelsvertragspolitik, vor Allem das Organ der Agrarier, die „Kreuztg.“, sich vergnügt die Hände zu reiben, so kann man doch nicht umhin, die Frage aufzuwerfen, weshalb es so weit kommen mußte? „Man hat glauben machen, schreibt triumphierend die „Kreuztg.“, es habe die neue Handelsvertragspolitik möglichen oder wirklichen Zollkriegen Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn, Italien u. s. w. vorgebeugt. Thatsächlich aber bedürften derartige Zollkriegsgefahren nur in der geräubten Phantasie aller Freihändler. Weder in Wien-Pest noch in Rom dachte man ernstlich daran, gegen Deutschland Kampfzölle aufzurichten. Jetzt was man in Berlin verhindern wollte, der Ausbruch eines Zollkrieges ist eingetreten, nur von einer anderen Seite.“ Nun, die Freihändler werden die Verantwortlichkeit für den Abschluß der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz gern übernehmen, vorausgesetzt, daß auch „Kreuztg.“ und Gen. bereit sind, die Verantwortlichkeit für den Zollkrieg mit Rußland auf ihre Schultern zu nehmen. Wer die dem Bundesrat vorgelegte Denkschrift zur Begründung des Antrags auf Erhebung von Kampfzöllen gegen Rußland aufmerksam liest, kann darüber nicht im Zweifel sein, daß die Verhandlungen gescheitert sind an dem Versuch, für die Getreidezollerhöhung, für welche Oesterreich-Ungarn ein Äquivalent durch Herabsetzung von Industriezöllen gezahlt hat, von wenigen Getreideproduzenten, der bis vor wenigen Jahren fast ausschließlich den deutschen Bedarf lieferte, noch einmal vollwertige Zugeständnisse zu erlangen. Gegen den Versuch ist nichts einzuwenden; er lag um so näher, als Rußland schon, während die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn noch schwebten, sich zu einem Zollabkommen auf dem Boden der Meißbegünstigung bereit erklärte. Aber man kann, ohne Furcht dementsagen zu werden, ruhig behaupten, daß die Reichsregierung noch im Sommer 1892 an nichts weniger dachte, als an eine längere Aufrechterhaltung der Getreidezölle gegen Rußland. Aber nachdem im Juli 1892 Rußland den Wunsch ausgesprochen, die deutschen Gegenforderungen kennen zu lernen und die Ansicht die Oberhand gewann, daß es Rußland mit den Verhandlungen Ernst sei, da wurde seitens der Agrarier plötzlich und ohne einen äußerlichen Anlaß die große Gege gegen den Handelsvertrag mit Rußland in Scene gesetzt unter dem Vorwande, daß die Gleichstellung des russischen Getreides mit dem ungarischen und amerikanischen für die Landwirtschaft im Osten gleichbedeutend sei mit dem Ruin. Im Anschluß an die Petition des Directoriums des landwirtschaftlichen Centralvereins der Provinz Sachsen nahm das preussische Abgeordnetenhaus auf Veranlassung der Gegner der Handelsvertragspolitik den Antrag v. Dziembowski



die russische Landwirtschaft durch den deutschen Zollsatz von 50 Prozent gleicherweise geschädigt wird, ist ein schlechter Trost. Nicht die „alten Freihändler“, wie die „Kreuztg.“ vorgibt, sondern die Agrarier und die industriellen Hochschulzöller haben die Regierung auf einen Weg gedrängt, der geradezu zu einem Zollkrieg mit Rußland führen mußte. Und das wird — etwas früher oder später — ein Nagel zum Sarge von Wirtschaftspolitiken sein, die nicht in der Erleichterung des internationalen Verkehrs, sondern in der möglichen Einschränkung desselben ihr Ideal sehen.

### Politische Uebersicht.

Eine Auflöfung des Oesterreichischen Reichsraths wird von Oesterreichischen Blättern als sicher zu erwarten angekündigt. Die Lauffische Schankelpolitik, welche nach keiner Seite hin es zu einer entscheidenden Stellungnahme kommen ließ, ließ kaum einen anderen Ausweg, um eine wirklich aktive, innere Politik für Oesterreich zu ermöglichen. Welches Ergebnis die Neuwahlen haben werden, läßt sich natürlich auch nicht annähernd voraussehen, doch behauptet man von liberaler Seite, die Oesterreichischen Liberalen würden dieses Mal die Hauptrollen zu spielen haben.

Der französische-flamensische Conflict hat weder Erwartungen am Sonnabend bereits sein Ende gefunden. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau's“ aus Bangkok hat die flamensische Regierung sämtliche Bedingungen des französischen Ultimatums angenommen. Der Conflict hat also mit der vollständigen Unterwerfung der flamensischen Regierung unter die französischen Forderungen geendigt. Die Nachricht kommt um so überraschender, als noch bis zum letzten Augenblicke es schien, als ob die flamensische Regierung nicht so ohne weiteres nachgeben würde. Inzwischen deutete schon eine Meldung des „Reuter'schen Bureau's“ aus Bangkok darauf hin, welche besagte, es werde für wahrscheinlich gehalten, daß Siam Frankreich weitere Zugeständnisse machen werde. Zugleich ließ die „Times“ sich bereits aus Bangkok als wahrscheinlich die Annahme des französischen Ultimatums durch Siam melden, da die schnelle Ausführung der

Maßgabe, welche nur englische Interessen verleihe, augenscheinlich die Siamesen überzeugt habe, daß die Bemühungen Englands, in Paris freundschaftlich zu interveniren, gescheitert seien. Eine solche Lösung würde allerdings allem widersprechen, was man bisher von der englischen Intervention erwartet hatte. — In flamensischen Hofe standen sich eine Kriegs- und eine Friedenspartei gegenüber. Die letztere trug in dem am Freitag Abend zusammengetretenen Rathe einen Sieg davon. Dem Gesandten Siam in Paris wurde abdam telegraphisch der Befehl übermittelt, das Ultimatum Frankreichs bedingungslos anzunehmen. Der Gesandte Englands wurde sofort von diesem Entschlusse in Kenntniß gesetzt. Nach dem Reuter'schen Bureau ist das Anerbieten der flamenschen Regierung auch bereits von Frankreich angenommen worden. Die Regelung der Frage, betr. die am oberen Laufe des Mekong gelegenen und von England an Siam abgetretenen Provinzen würde bis im Abschluß der Verhandlungen zwischen der englischen und der französischen Regierung aufgeschoben werden.

Zur belgischen Senatsreform nahm die kaiserliche Kammer einen Wählbarkeitscensus von 500 Frks. an. Von den diesen Census zahlenden Wählbaren wird für je 3000 der maßdelaketen Wähler einer in die Listen der Wählbaren eingetragen. Die flamensche Ministerkrisis ist bereits wieder angelegt. Auf Wunsch des Königs Alexander hat das Kabinet Dostik das eingetrigte Entlassungs-kabinett zurückgezogen. Somit verbleibt das gegenwärtige radikale Ministerium im Amte bis zur Untertragung der Schapstina.

### Deutschland.

Berlin, 31. Juli. Der Kaiser ist an Bord der kaiserlichen Yacht „Hohenzollern“ am Sonnabend früh auf der Rhebe von Dover eingetroffen und hat nach kurzem Aufenthalt die Fahrt fortgesetzt. Der Prinz von Wales fuhr an Bord der königlichen Yacht „Doborne“ der „Hohenzollern“ bis einige Meilen von Spithead entgegen, worauf beide Schiffe nach Cowes segelten. Sowohl in Portsmouth, als auch bei der Ankunft in Cowes wurde der Königs-salut gegeben. Der Prinz von Wales, welcher die Uniform eines Admirals der englischen Flotte trug, sowie der Herzog von Connaught in der Uniform eines englischen Marshalls begaben sich abdam an Bord der „Hohenzollern“, um den Kaiser zu begrüßen. Der Kaiser, welcher Admiraluniform trug, begab sich um 5 Uhr an Land und wurde von dem Herzog von Connaught und dem Admiral Commerell, welcher Sr. Maj. während des Aufenthaltes attachirt ist, empfangen. Der Kaiser begab sich mit Erfolge zu Wagen nach Doborne zur Begrüßung der Königin. Nach einräumigem Aufenthalte kehrte Sr. Maj. an Bord der „Hohenzollern“ zurück. Abends fand zu Ehren des Kaisers Familienbinder in Doborne statt. Gestern begab sich Kaiser Wilhelm nicht an Land. Vormittags wohnte derselbe dem Gottesdienste an Bord der „Hohenzollern“ bei. Nachmittags machte der Kaiser an Bord des „Meteor“ eine Fahrt um die Insel Wight und begab sich abdam an Bord der Yacht „Doborne“, woselbst bei dem Prinzen von Wales das Diner stattfand.

— (Die das Entlassungsgesuch des Herrn v. Malgahn genehmigende Kabinettsordre ist der „Post. Ztg.“ zufolge wegen der Abwesenheit des Kaisers und des dadurch erschwerten Geschäftsganges im „Reichsanzeiger“ noch nicht veröffentlicht. Voraussichtlich wird die Kabinettsordre jedoch noch vor dem Zusammentritt der Frankfurter Minister-Conferenz erscheinen.)

— (Die fünf deutschen Finanzminister) wollen in Stuttgart eine Wiederberathung der Finanzminister-conferenz in Frankfurt a/M. abhalten. Die Herren wollen sich wohl über den Kaufpreis verständigen, den sie für die Einwilligung zur Subventionirung der Frankenstein'schen Klausel zu beanspruchen haben.)